Erste Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 364. Sonnabend den 30. December. 1871.

Deutschland und Rußland.

II.

† Warum sollte Rußland feindlich gegen Deutschland gesinnt sein? Es bedarf wohl nicht weitläufiger Ausführung, daß das Czarenreich vom Deutschen Reiche nicht das Geringste zu befürchten hat; wohl aber ist ihm ein starkes und geeintes Deutschland eine herrliche Vormauer, die es auf der einen Seite keineswegs hindert, in die europäischen Angelegenheiten einzugreifen, andererseits aber den „nordischen Koloß" an seiner verwundbarsten Stelle unnahbar macht. Und dafür sollte Rußland nur Haß fühlen gegen Deutschland?

Jeder verständige Politiker Rußlands muß sich darüber klar sein, daß die Nachbarschaft Deutschlands für Rußland geradezu unbezahlbar ist. Die fest gegründete, in sich fertige und wohlgeordnete preußische Monarchie an der Westgrenze Polens ist eine kostbare Bürgschaft der Sicherheit für Rußland, und wer sich den Werth derselben recht deutlich veranschaulichen will, Der denke sich nur einen Nachbar wie Frankreich an Preußens Stelle! Welche ewige Unruhe müßte Rußland fühlen angesichts eines tief zerrütteten, durchaus kranken und allem Anscheine nach im Niedergange begriffenen Staatswesens an dem wichtigsten Theile seiner Westgrenze! Deshalb ist es auch mehr als bloße Redensart, wenn Kaiser Alexander bei dem berühmt gewordenen Trinkspruche in die Worte ausbrach, er sehe in der Waffenbrüderschaft der Armeen und in der Freundschaft der Herrscher Rußlands und Deutschlands die beste Bürgschaft für Aufrechthaltung des Friedens und der gesetzlichen Ordnung in Europa.

Daß unter den obwaltenden Verhältnissen die angebliche „Verbrüderung" zwischen Rußland und Frankreich, von welcher die deutschfeindliche Presse so schön zu schwatzen weiß, vollständig sinnlos sein müßte, liegt auf der Hand. Welchen Zweck könnte eine solche Verbrüderung wohl verfolgen? Natürlich nur den einen, Deutschland zwischen zwei Feuer zu nehmen und es unter die Sieger — denn selbstverständlich müßten wir geschlagen werden — zu vertheilen. Was aber dann? Könnte Rußland sich wohl je des neu erworbenen Besitzes freuen? Schwerlich; es würde sich im Gegentheil dadurch erst recht zerrütten, und durch die Lösung aller natürlichen Bündnisse den Welttheil in Unruhe und Verwirrung stürzen. Und sollte es einen ungeheuren Krieg gegen Deutschland vom Zaune brechen, damit es — im günstigsten Falle — einen unangenehmeren und gefährlicheren Grenznachbarn erhielte statt des jetzigen, der ihm in keiner Weise schadet, sondern nur nützt? Die russischen Staatsmänner sind zu sehr gewöhnt, stets nur vorsichtig und nüchtern zu rechnen und zu handeln, als daß sie solche Tollhaus-Speculationen auch nur einen Augenblick lang ernsthaft zu beachten im Stande wären.

Hat nach dem Vorstehenden Rußland durchaus kein Interesse daran, seine guten Beziehungen zu Deutschland getrübt oder gelöst zu sehen, so sind auch wir selbst sehr wesentlich darauf hingewiesen, daß wir mit Rußland auf dem bisherigen Fuße auch ferner verkehren. Es ist uns wohl bekannt, daß eine solche Ansicht in vielen Kreisen des vorgeschrittenen Liberalismus in Deutschland als arge Ketzerei schwer verpönt ist; doch kann uns Das nicht abhalten, nach bestem Wissen und Gewissen diese Meinung zu behaupten und zu verfechten.

Was uns die Freundschaft Rußlands schon bisher genützt hat, ist in dem ersten Artikel bereits kurz angedeutet worden; sie wird uns aber auch in Zukunft nützen. Schon die Thatsache, daß ein so inniges Einvernehmen besteht, könnte unsern geschworenen Todfeind — Frankreich — von manchem tollen Unternehmen, jedenfalls von einem weiteren Kriege mit Deutschland abmahnen, und wenn Dies der Fall, so dürfte sich ganz Europa, in erster Linie aber Deutschland, dazu Glück wünschen. Darum hat denn auch, natürlich mit Ausnahme Frankreichs, die Presse aller Länder den Trinkspruch des Kaisers Alexander mit so lebhaftem Beifall begrüßt als ein frieden- und glückverheißendes Symbol für unseren ganzen Erdtheil. Nur von Frankreich ist überhaupt im Ernste eine Störung des politischen Gleichgewichtes zu befürchten, nur die Erschöpfung Frankreichs ist eine sichere Bürgschaft der Ruhe; und daß diese unverbesserliche Nation nicht so schnell wieder übermüthig werde, dafür wird am besten gesorgt durch die sorgsame Pflege der deutsch-russischen Freundschaft.

Da giebt es nun aber Leute, welche beharrlich auf die Lage der deutschen Bevölkerung der russischen Ostseeprovinzen hinweisen, um damit den Nachweis zu führen, daß die Freundschaft Rußlands gegen Deutschland nicht ehrlich gemeint sein könne. Wir vermögen diesen Standpunct unbedingt nicht für einen wohlberechtigten zu halten. Eine gesunde Politik weist alle Gefühlspolitik von sich, und von solcher Basis aus müssen wir vor Allem betonen, daß es nicht unseres Amtes ist, der russischen Regierung vorzuschreiben, wie sie unsere Stammesgenossen in den baltischen Ländern behandeln soll, ebensowenig wie wir der österreichischen Regierung in Bezug auf die Deutschen in Ungarn oder Siebenbürgen, oder dem Präsidenten zu Washington in Bezug auf die in den Vereinigten Staaten lebenden Deutschen Verhaltungsmaßregeln zu ertheilen befugt sind. Bürgern des Deutschen Reichs im Auslande Schutz zu verleihen, ist selbstverständlich Recht und Pflicht der Reichsgewalt; um Bürger anderer Staaten, und wenn sie noch so gute Deutsche wären, hat sie sich amtlich allenthalben nicht zu kümmern. Die besten Wünsche und Sympathien für die Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen vermag uns Niemand zu wehren, weiter geht aber Deutschlands Macht und auch Deutschlands Recht unbedingt nicht.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Die ministerielle Berliner „Prov.-Corr." schreibt in ihrem Artikel „Am Schluß des Jahres 1871": Die Völker Europas haben sich in der That immer rückhaltloser der erhebenden Zuversicht hingeben können, daß der Austausch übereinstimmender Gesinnungen, wie er in jüngster Zeit zwischen den Regierungen Deutschlands und der großen Nachbarreiche stattgefunden hat, auf dem festen Grunde einer wirklichen Gemeinschaft des politischen Strebens ruht und deshalb von wahrhaft ernster Bedeutung für den dauernden Frieden Europas ist. Wenn Frankreich jetzt noch eine Ausnahme in dieser Beziehung zu machen scheint, so wird sich gewiß auch dort den unklaren erregten Gefühlen gegenüber mehr und mehr die kalte Macht der Wirklichkeit und damit ein ernstes Friedensbedürfniß geltend machen. Schon jetzt ist das aufrichtige Bestreben der gegenwärtigen französischen Regierung darauf gerichtet, die Nothwendigkeit einer gewissenhaften Ausführung der Friedensbedingungen im Interesse von Frankreich selbst im öffentlichen Bewußtsein immer mehr zur Anerkennung zu bringen. Je mehr dies gelingt, desto mehr wird der mildernde und heilende Einfluß der Zeit allmälig auch die Bitterkeit der jetzigen Stimmungen zurücktreten lassen. Unter allen Umständen aber bietet die Friedensstimmung in ganz Europa, sowie der thatsächliche Stand der politischen und militairischen Verhältnisse so starke Bürgschaften des Friedens, wie sie kaum jemals vorhanden waren.

Die „Nordd. Allg. Ztg.", in jüngster Zeit wieder mehr als vorher das erklärte Organ des Reichskanzlers in der Tagespresse, bringt einen scharfen Leitartikel gegen die unwürdige Haltung, welche die französische Presse zu der Bismarck'schen Depesche vom 7. December einnimmt. Sie sagt u. A.: „Was erscheint denn an dieser eindringlichen Mahnung, deren Aussprache wir in Deutschland fast zu erwarten berechtigt waren, so exorbitant? Daß die Regierung der Republik mit einer alle Schwierigkeiten ihrer Lage schonungsvoll erwägenden Rücksichtsnahme behandelt und der Gesandte in dem Sinne solcher Fürsorge noch ausdrücklich angewiesen ist? Daß aus den obwaltenden traurigen Umständen, die notorisch sind, die Folgerung gezogen wird, Deutschland sei verhindert, ein Uebriges zu thun, und habe sich auf der Linie seines vertragsmäßigen Rechts zu halten? Freilich jene freundliche Schonung gegenüber dem französischen Gouvernement hat einen für Frankreich wenig schmeichelhaften Beweggrund. Und den Franzosen erscheint es nun einmal als eine Härte, wenn der Sieger von dem ihm günstigen Vertrage einen noch so vorsichtigen Gebrauch macht. Indem der Besiegte uns seinen ganzen Haß fühlen läßt, begehrt er von uns Concessionen und findet es brutal, daß wir auf unsere Sicherheit bedacht sind, die in unzweideutiger Weise fortwährend in Frage gestellt ist. Was aber vorzugsweise den Eindruck des Erlasses vom 7. ds. Mts. in Frankreich erklärt, das ist seine Wahrheit; aus demselben Grunde ist der Eindruck diesseits der Vogesen und bis jenseits der Leitha der entgegengesetzte. Die Franzosen nehmen es übel, daß ihnen die Wahrheit gesagt wird. Sie verstehen sie nicht und vertragen sie nicht. Zu sehr gewohnt, sich „vor Europa" zu brüsten, sehen sie sich nun „vor Europa" bloßgestellt. Darüber gerathen sie außer sich! Statt sich mit Würde vor den Anklagen des Gegners auf die Verkennung ihres Werthes zurückzuziehen, sammeln sie daher schon jetzt wieder „in ganz Europa" die Almosen vereinzelter Stimmen von Solchen, die aus Abneigung gegen Deutschland an dem Erlaß vom 7. d. M. Etliches auszusetzen finden. Was die ergrimmte Pariser Presse als einen Mißbrauch der Gewalt des Siegers darzustellen sucht, das ist freilich ganz dazu angethan, die Eitelkeit auf das Äußerste zu verletzen: in dem Erlaß vom 7. d. M. macht sich den Franzosen eine Geistesüberlegenheit fühlbar, die das anmaßende Volk moralisch in die Enge treibt und gleichsam in den Zustand von Unentrinnbarkeit versetzt, in welchem sich Napoleon III. militairisch bei Sedan befunden hat. Mit ihren Wuthausbrüchen haben die Pariser Blätter ihre eigne geistige Capitulation unterzeichnet. Der Macht der Wahrheit treten sie nun mit Waffen der Lüge entgegen." Der Artikel schließt mit den zuversichtlichen Worten: Die englische Presse, welche ganz so wie der Erlaß des Reichskanzlers schmerzlich beklagt, daß in Frankreich die einfachsten Regeln der Billigkeit und Schicklichkeit außer Acht gesetzt worden, daß Frankreich nicht den Muth gehabt hat, die elenden Gerichtssprüche zu Gunsten von Mördern zu brandmarken, und daß Fürst Bismarck unstreitig in seinem Rechte sei, — sieht den Erlaß vom 7. d. M. als kein gutes Symptom für die Fortdauer des Friedens an und knüpft daran Befürchtungen. Darüber dürfen wir sie vollkommen beruhigen. Der Friede Europas hat in dem Erlaß vom 7. d. M. vielmehr eine neue Bürgschaft erhalten. Vor diesem „Quos ego" werden sich die wilden Wellen legen.

Der Pariser „Moniteur Universel" theilt mit, die Depesche des Fürsten Bismarck sei vom Grafen Arnim dem Minister des Aeußern, Herrn v. Rémusat, in ursprünglich deutschem Texte überreicht worden. Seit dem September 1870 habe der deutsche Reichskanzler den ausschließlichen Gebrauch der deutschen Sprache für seine diplomatische Correspondenz angenommen. Diese Neuerung, welche man in Deutschland nur mit Freuden begrüßen kann, findet auswärts nicht überall Billigung. So ergeht sich das englische conservative Blatt „Standard" in einer längeren Betrachtung, welche die Berechtigung der Maßregel vollständig einräumt (ein Zweifel darüber könnte uns allerdings höchst gleichgültig sein), anderseits aber viel Lärm über die Unbequemlichkeiten erhebt, welche nothwendig eine Folge des neuen Verfahrens sein müßten. Wir werden uns natürlich durch ausländische Nörgeleien nicht von dem einmal eingenommenen Standpuncte abbringen lassen.

In Betreff der Betheiligung an der Industrie- ꝛc. Ausstellung zu Wien im Jahre 1873 hat der Bundesrath beschlossen: 1) es sei die Betheiligung der deutschen Landwirthschaft, Industrie und Kunst an der Wiener Ausstellung im Jahre 1873 als Angelegenheit des Reichs zu behandeln; — 2) es sei der Reichskanzler zu ersuchen a) bei der österreichischen Regierung unter Mittheilung des vorstehenden Beschlusses nähere Erkundigung über die Anordnung der Ausstellung in räumlicher Beziehung und über die Verhältnisse der einzelnen an der Ausstellung sich betheiligenden Länder und Productivgebiete unter sich, sowie gegenüber der österreichischen Ausstellungscommission und Generaldirection der Ausstellung einzuziehen, b) zum Zweck der Vorberathung und Begutachtung aller die Behandlung der Ausstellung betreffenden Fragen, insbesondere der Fragen, welche Aufgaben den Reichsorganen zuzuweisen, wie diese zu bestellen seien, was den einzelnen Staaten und Productionsgebieten und ihren Vertretern zu überlassen sei, wie es mit der Bestreitung des Aufwandes gehalten werden solle, eine aus Vertretern der Regierungen der einzelnen Bundesstaaten bestehende Commission zu berufen und die Regierungen der Bundesstaaten einzuladen, sofort sachverständige Vertreter für diese Commission zu bezeichnen; — 3) auf das Ergebniß der einzuziehenden Erkundigungen und die Vorschläge dieser Commission die weitere Beschlußfassung auszusetzen.

Die Einrichtung der Universität Straßburg hat in den letzten Wochen erhebliche Fortschritte gemacht. Von Straßburg her wird die Eröffnung der neuen deutschen Hochschule zu Ostern als feststehend, von officiösen Berliner Correspondenten auswärtiger Blätter als „vielleicht" erfolgend bezeichnet. Die Liste der zu berufenden Lehrkräfte, heißt es nach der zuletzt angedeuteten Quelle, sei geschlossen, und die Berufungen seien so weit vorbereitet, daß sie binnen 14 Tagen amtlich vollzogen sein könnten. Diese Angaben dürften nicht ganz genau sein und etwas zu viel behaupten, doch hört man ebenfalls in zuverlässiger Weise, daß die Einigung mit mehreren zu berufenden Lehrern erfolgt sei und die Berufenen zum Antritt ihrer neuen Stellung von Ostern ab sich bereit halten sollen. Von den „berühmten Namen", welche den Glanz der neuen Universität nach einer weit verbreiteten Vorstellung bilden sollen, verlautet noch wenig, und Dies ist aus mehr als einem Grunde ziemlich erklärlich. Ein dauernder Aufschwung der Universität Straßburg wird vielmehr zu erhoffen sein, wenn das Lehrpersonal ein überwiegend frisches und junges ist, sich noch nicht fertig fühlt und an der Staffel der Berühmtheit noch heranklimmt. Die mit Einrichtung der neuen Universität betrauten Behörden scheinen die gleiche Ansicht zu hegen. So hört man als sicher, daß ein noch sehr junger Philologe, Professor Studemund aus Greifswald, für Straßburg bereits gewonnen ist. Desgleichen ist die Berufung von Professor Hinschius, eines eben so jungen, als durch selbstständige Gelehrsamkeit ausgezeichneten Kanonisten, gesichert. Es ist gewiß erfreulich, daß diese rüstige Kraft, welche bei der Frequenz von durchschnittlich zehn juristischen Studenten in Kiel so gut wie völlig brach lag und für das große Berlin, wo ein so dringendes Bedürfniß nach Kirchenrecht zu befriedigen war, nie gewonnen werden konnte, jetzt in dem Reichslande eine entsprechende Verwendung finden wird. Ebenso werden eine Reihe von jüngeren tüchtigen Gelehrten von verschiedenen deutschen Universitäten genannt, deren Berufung in mehr oder weniger sicherer Aussicht steht.

Das Gerücht, Württemberg wolle, wie von Bayern bereits geschehen, neben dem deutschen Botschafter in Paris sich noch durch einen eigenen Gesandten dort vertreten lassen tritt mit immer größerer Bestimmtheit auf, man bezeichnet sogar schon den Freiherrn von Maucler für diesen Posten. Bei dem in Regierungs- und Volkskreisen Deutschlands klar ausgesprochenen Bestreben nach einem ungetrübten Frieden hat dieses diplomatische Heraustreten etwas sehr Bedenkliches. Denn bei dem sehnlichen Wunsche Frankreichs nach Revanche bietet es Alles auf, sich Verbündete zu verschaffen, und wären dies selbst Kroaten, Kosaken oder Jesuiten; das kleinste Symptom wird es beachten und auszunutzen bemüht sein. Mögen die für die betreffenden Posten bezeichneten Diplomaten noch so correct verfahren, so dürften doch streitige Fälle zwischen dem Vertreter des gesammten Deutschland und der einzelnen deutschen Staaten nicht ausbleiben, wodurch möglicherweise Das erreicht würde, was Frankreich nur angenehm sein könnte: die politische Intrigue. Was Frankreich in seinen Rachtplänen und in seiner Kriegsfurie bestärkt, das wird, mag es an sich unscheinbar sein, Demjenigen, der es nicht sorglam vermeidet, eine furchtbare Last der Verantwortung aufbürden. Es kommt viel edles deutsches Blut, das wieder dann vergossen werden muß, über einen solchen Staatsmann oder Souverain. Von officiöser Seite wird übrigens dem Gerüchte entgegengetreten mit dem Hinweis, daß in dem Budget für 1872 kein Ansatz für eine Gesandtschaft in Paris sich vorfinde.

Es ist bemerkenswerth, daß mehrere deutsche Kleinstaaten sich nicht damit begnügen wollen, Theile des deutschen Reiches zu sein; es circuliren dort Petitionen, welche die vollständige Einverleibung in den preußischen Staat anstreben. So in dem Fürstenthume Birkenfeld, welches zu Oldenburg gehört, aber eine ganz von preußischem Gebiete umschlossene Enclave ist. Der Provinzialrath dieses Ländchens beantragte in seiner letzten Sitzung, die großherzoglich oldenburgsche Regierung möge aus Patriotismus selbst die Annexion des Fürstenthums an Preußen zu erwirken suchen, und zwar „so bald als möglich." Motivirt ist dieser Antrag damit: daß 1. bei den bedeutenden Ausgaben für militairische Zwecke und für den jetzigen großen Verwaltungsapparat die finanziellen Kräfte des Fürstenthums für die Folge nicht mehr ausreichen; 2. das politische Streben des deutschen Volkes auf Aufhebung der Kleinstaaten und zum Anschluß an Preußen hindrängt; 3. namentlich die Bevölkerung der Fabrikdistricte diesen Anschluß sehnlichst erwartet; 4. daß die kleinen Staaten factisch nicht mehr lebensfähig sind.

Der „Köln. Ztg." schreibt man aus London, daß mehrere bisher mit der Internationale verzweigte Gewerkvereine auf dem Puncte stehen, sich von ihr loszulösen, und im Schooße der Internationale selber ein großer Riß bevorstehe. Daß der Zuzug, den der Generalrath durch flüchtige Pariser Communisten erhielt, zur Kräftigung und besseren Einigung desselben durchaus nicht beigetragen habe, ist schon früher mitgetheilt worden. Das romanische Element kann sich auch in dieser unheiligen Gemeinde mit dem germanischen nicht vertragen, und gegen die Dictatur von Karl Marx sträuben sich die Genossenschaften außerhalb Englands immer heftiger. So weit ist der Widerstreit gerathen, daß eine entschiedene Trennung der französischen Sectionen vor der Thür zu stehen scheint, wodurch eine vollständige Zerklüftung des Bundes eingeleitet werden dürfte. Hauptklage der Franzosen ist, daß der Londoner Generalrath unter Karl Marx seine Bestrebungen ausschließlich socialen Reformen zuwende und darüber die politischen Fragen vernachlässige, mit anderen Worten, daß er über die sociale Revolution der politischen vergesse, die jener nothgedrungen vorhergehen oder doch Hand in Hand mit ihr gehen müsse. So weit soll es angeblich schon gekommen sein, daß die französischen Sectionen rund heraus die Absetzung von Karl Marx verlangten, widrigenfalls sie sich vom Generalrath lossagen und als getrennte Körperschaft constituiren würden. Bei der Versammlung, auf der diese als Ultimatum bezeichnete Forderung zur Sprache kam, ging es heftig her. Marx wurde offen beschuldigt, daß er im Solde Bismarcks stehe, worauf er den Ankläger einen Judas schalt. Die bittersten Vorwürfe wurden einander zugeschleudert, es wurden Fäuste geballt und böse Drohungen gewechselt, zu einer Entscheidung aber kam es noch nicht. Nicht minder liebenswürdige Auftritte kamen bei einer anderen Versammlung der Internationale zwischen Marx und Bradlaugh vor. Auch bei dieser Gelegenheit wurde der Dictator ein Söldling Bismarcks und obendrein Napoleons gescholten, worauf er seinerseits Herrn Bradlaugh bezichtigte, als bonapartistischer Agent vor Kurzem eine Reise nach Paris unternommen zu haben. Doch genug von diesen Scenen. Sie beweisen zur Genüge, daß die Tugend der allgemeinen Bruderliebe von deren Aposteln selbst in ihrem eigenen Tempel nicht immer gewissenhaft geübt wird. Es ist die alte Geschichte derartiger Vereine. Die Herren wollen die ganze Menschheit unter Einen Hut bringen und können selbst nicht eine Stunde lang beim Bier sitzen, ohne einander die Gläser an den Kopf zu werfen.

Die rumänische Eisenbahn-Angelegenheit gewinnt einen düstern politischen Hintergrund. Bekanntlich hatte sich unter Bleichröder's Führung ein Consortium gebildet, welches die von Strousberg so schmählich im Stich gelassenen Bahnen ausbauen will, seine Vorschläge sind vortheilhaft für das Land, aber hatten viel Zeit erfordert, ehe sie — auf Grund ernsterer Untersuchungen — vorgelegt werden konnten. Diese Zeit hat die Opposition benutzt, um gegen das Project zu wühlen, und wie es scheint, mit Erfolg; nicht etwa, als ob man gegen das Project selbst wäre, sondern weil man den Fürsten Karl durch dessen Scheitern mißmuthig machen und ihn dadurch zur Abdankung drängen will. Die Rumänen, wie die Franzosen, scheinen zu Denen zu gehören, für welche der „König Storch" in der Fabel der beste Regent ist.